

Liebe Kolleginnen!

Mit dem ersten VkdL-Info 2015 wünsche ich Ihnen ein gutes, gesegnetes Jahr. Zu den guten Vorsätzen für 2015 sollte gehören, dass wir die Arbeit des VkdL verstärkt mittragen, bekannt machen und weitere Kolleginnen für unsere Berufsgemeinschaft gewinnen!

Ihre

Rosvika Fiedler

Bundsvorsitzende

Kommen Sie zur
Bundeshauptversammlung des
VkdL 19. – 21. Juni 2015!

Einheitliche Kita-Standards in der Diskussion – Bayern wehrt sich

Bund, Länder und Gemeinden haben sich auf eine „Qualitätsoffensive“ für Kitas und Betreuungseinrichtungen geeinigt. Zunehmend früher gehen die Kleinsten in die Kita; die Betreuung dauert immer länger. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig hat jetzt mit den Ländern beschlossen, die Qualität der Betreuungseinrichtungen zu verbessern, indem Standards gesetzt werden. Ein einheitlicher, für alle Bundesländer verbindlicher Katalog an Qualitätsstandards für die frühkindliche Bildung ist das langfristige Ziel.

Erste Rückmeldungen aus den Ländern zeigen jedoch, dass es da gar nicht so große Einigkeit gibt. Die Familienministerin aus Bayern, Emilia Müller (CSU) sagte gegenüber der „Passauer Neuen Presse“, es sei zweifelhaft, ob die Qualität sich verbessere, wenn alles vereinheitlicht und u.U. nivelliert werde. Der sogenannte „Personal-Kind-Schlüssel“ sei nicht alles. Die Länder hätten funktionierende Qualitätssysteme.

Der VkdL hält die kritische Einschätzung der bayerischen Familienministerin für berechtigt: Ebenso wie bei der Inklusion versucht man, alles „über einen Kamm zu scheren“ und hofft, dass damit eine flächendeckende Qualität herstellbar sei. Bei den allgemeinen Standards für Betreuungseinrichtungen kann nur der „kleinste gemeinsame Nenner“ formuliert werden – das geht an den Bedürfnissen der Kinder vorbei. Generell warnt der VkdL vor einer zu frühen Betreuung der Kleinsten. In der Regel ist die Mutter in den ersten 3 Jahren die beste und wichtigste Bezugsperson für ein Kind. Und die Mutter kann man auch nicht standardisieren. Eine Begrenzung auf wenige Standards geht immer mit einem Freiheitsverlust einher und beschneidet die Rechte der Eltern.

**Ergänzung statt Wettstreit:
Mann und Frau sind komplementär**

Papst Franziskus hat am 17. November 2014 eine interreligiöse Konferenz zu einem wichtigen Lebensbereich eröffnet: die Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Kein Thema ist gegenwärtig so stark in der Diskussion und von Umbrüchen durchsetzt. Die Tagung, zu der insgesamt 14 Religionsgemeinschaften nach Rom reisen, steht unter dem **Motto: „Die Komplementarität von Mann und Frau“**. Sie steht nicht im Zusammenhang mit der Familiensynode im Oktober.

Dem Papst geht es bei dieser Tagung um die großen göttlichen Wahrheiten, um die naturgewollte Partnerschaft zwischen Mann und Frau – auch vor dem Hintergrund der traditionellen Ehe. Die Kirche möchte sich mit allen Menschen guten Willens über diese existenziellen Fragen austauschen, so der Vatikan.

Der VkdL unterstützt das Engagement von Papst Franziskus. Es ist wichtig, dass der Heilige Vater Werte vorgibt, da dieses Thema sehr stark vom Mainstream gesteuert wird. Junge Menschen haben heute wenig Orientierung. Der Markt der Möglichkeiten ist groß, verbindliche Antworten und Hilfen werden kaum noch vermittelt – auch in Bildungseinrichtungen fehlen klare Aussagen.

Inklusion in der Öffentlichkeit

Nordrhein-Westfalen will die Inklusion nicht nur in den Schulen vorantreiben, sondern auch in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Einen Gesetzentwurf dazu hat das Landeskabinett gebilligt. Etwa 200 Organisationen sollen dazu angehört werden. Das Gesetz soll die gesellschaftliche Teilhabe der 2,7 Mio. Menschen mit Behinderungen in NRW sicherstellen: z.B. Wahlschablonen für Menschen mit Sehbehinderung, Gebärdendolmetscher in Kitas und Schulen, barrierefreie Zugänge für Rollstuhlfahrer etc. etc.

Der VkdL hält die Bemühungen um Verbesserungen im öffentlichen Leben für essentiell: Den Menschen mit Behinderungen Hilfen zu bieten, damit sie am öffentlichen Leben barrierefrei teilnehmen können, ist viel wichtiger, als alle Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen wahllos in Regelschulen zu schicken.

Es gilt, die Bedürfnisse der Behinderten wahrzunehmen und Barrieren aus dem Weg zu räumen. Das Fehlen von Rampen, blindenfreundlichen Medien, verständlichen Formularen usw. wiegt schwerer als die individuelle Beschulung in Förderschulen, wenn sie fachlich notwendig ist. Behinderte wollen wahr- und ernstgenommen, aber nicht „zwangsinkludiert“ werden!

EU: „Pille danach“ jetzt ohne Rezept käuflich

Lange hatte sich die Bundesregierung gegen die Befreiung der Rezeptpflicht für die „Pille danach“ gewehrt. Jetzt hat die EU-Kommission das Medikament EllaOne EU-weit zum rezeptfreien Verkauf in Apotheken freigegeben. Die Kommission folgt damit einer Empfehlung der europäischen Arzneimittelbehörde (Ema). EllaOne mit dem Wirkstoff Ulipristal wurde 2009 zugelassen und war bislang verschreibungspflichtig. Die Bundesapothekerkammer hat die Entscheidung der EU-Kommission begrüßt. Nun muss die Entscheidung noch in deutsches Recht überführt werden. Auch ein weiteres Präparat („Pidana“ mit dem Wirkstoff Levonorgestrel) soll bald rezeptfrei erhältlich sein. Ein Beratungskonzept für die Apotheken steht noch aus. Das zuständige Bundesgesundheitsministerium um CDU-Minister Hermann Gröhe hatte sich lange gegen die Freigabe der „Pille danach“ gestellt, hat jedoch zum Schluss auch seine Haltung aufgeweicht. ■ **Der VkdL lehnt die Entscheidung der EU-Kommission ab, da die frei verkäuflichen Präparate zum freizügigen Umgang mit Medikamenten, die Leben verhindern und töten, anregen. Der VkdL sieht langfristig den Lebensschutz in Gefahr. Der Umgang der Menschen mit dem werdenden Leben werde immer rauer. Anstatt Leben als Geschenk zu achten, wird der Mensch nur noch nach Nützlichkeit und Funktion abgeklopft. Damit sind Schritte zu einer inhumanen Gesellschaft vorprogrammiert. Eine verantwortungsvolle ärztliche Beratung müsste dem Verkauf der „Pille danach“ vorausgehen. Nur ein verantwortungsvoller Umgang kann vor Missbrauch und Fahrlässigkeit schützen!**

Religionsunterricht auf der Liste der bedrohten Kulturgüter

In manchen Bundesländern ist der Religionsunterricht immer schwerer zu organisieren. Beispiel Thüringen: Wegen zurückgehender Schülerzahlen muss der RU immer öfter im Nachmittagsunterricht angeboten werden. Das Angebot wird insgesamt unattraktiver, die Schülerinnen und Schüler haben nur noch eine Stunde pro Woche (das Land hat früher zwei Stunden finanziert, jetzt wird nur noch eine bezahlt), so der MDR. Der Leiter der Schulabteilung im Bistum Erfurt, *Martin Fahnroth*, teilte mit, dass im letzten Schuljahr nur noch 31 % der Kinder aus katholischen Familien den RU besuchten. Das Land Thüringen sieht das Problem gelassen: Der Lehrerberuf werde durch Lehrer aus dem Landesdienst gedeckt. Der Anteil staatlicher Lehrer von derzeit 80 % soll weiter erhöht werden. **Der VkdL verfolgt die Entwicklung mit großer Sorge. Wenn solche Bildungsstellen nur noch von staatlichen Lehrkräften ausgefüllt werden, fehlt langfristig die kircheneigene Spiritualität, die für eine Beheimatung in der Kirche wichtig ist. Jungen Menschen fehlt es oft an Vorbildern. Zudem wird von staatlicher Seite signalisiert: RU ist nicht wichtig. Auf diese Weise wird Religion mehr und mehr zu einem bedrohten Kulturgut.**

Hochschulpakt 2020

Bund und Länder haben sich in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) geeinigt, den **Hochschulpakt 2020** für die Jahre 2016 bis 2020 fortzuschreiben. Ziel ist es, den Hochschulen Planungssicherheit zu geben und sie bezüglich der anstehenden Herausforderungen zu unterstützen. Für die Jahre 2016 bis 2020 werden im Bundesgebiet insgesamt rund 675.000 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger im Vergleich zu 2005, dem Basisjahr des Hochschulpakts, erwartet. Zur Bewältigung der daraus resultierenden Aufgaben stellt der Bund insgesamt 9,9 Milliarden Euro bereit. Die Länder verpflichten sich, Mittel in entsprechender Größenordnung zu investieren.

Hessischer Bildungsgipfel 2014/2015

Gemeinsam mit dem hessischen Kultusministerium arbeiten mehr als 100 Vertreter der Lehrer-, Schüler- und Elternverbände, Vertreter von Kommunen und Kirchen, Wirtschaft und Gewerkschaften sowie zahlreicher Interessengruppen im Bildungsbereich im Rahmen eines längerfristig angelegten „Bildungsgipfels“ an der Entwicklung der schulischen Bildung. Ziel ist es, parteiübergreifend verbindliche Leitlinien für die nächsten 10 Jahre festzulegen. In fünf Arbeitsgruppen werden folgende Themen diskutiert:

- ◆ Gestaltung von Schule
- ◆ Herausforderung der Bildungsregionen
- ◆ Gestaltung individueller Unterstützungsangebote
- ◆ Schule als Vorbereitung auf Arbeits- und Lebenswelt
- ◆ Lehrerbildung

Der VkdL sieht solche Kooperationen als sinnvoll an, wenn sie auch inhaltlich weiterführende Ziele beschreiben. Bildungsgipfel dürfen nicht parteipolitisch missbraucht werden!

Internet-Tipps für „Silver-Surfer“

Seit September 2014 haben Computer-Neulinge und alle Interessierten auf der Internetseite www.silver-tipps.de die Möglichkeit, sich fundiert, verständlich und werbefrei über den Umgang mit Internet, Smartphone & Co. zu informieren. Die Seite versteht sich als Portal für die „Generation Silver“, hält aber auch für jüngere Generationen wichtige Tipps bereit.

Erklärt werden essenzielle Themen wie Datenschutz, Internetsicherheit (z.B. beim Online-Banking), Verbraucherschutz, Informationssuche und Unterhaltung im Netz sowie wichtige Computer-Begriffe, die mittlerweile im Alltag Einzug gehalten haben und zumindest für die jüngeren Generationen überwiegend selbstverständlich sind. „Silver-Tipps“ ist nicht nur inhaltlich hilfreich, sondern auch sehr übersichtlich gestaltet. Die Seite ist ein Projekt der *Initiative Medienintelligenz der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz* und der *Stiftung MedienKompetenz Forum Südwest (MKFS)*, das gemeinsam mit Partnern, u.a. dem SWR, den Verbraucherzentralen Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, den Datenschutzbeauftragten beider Bundesländer und dem Verband der Volkshochschulen Rheinland-Pfalz, realisiert wird.